

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 23.

Druckerei des Anzeiger-Verlags für Anzeigen und für Anzeigen des Erzgebirges, Druckerei des Anzeiger-Verlags für Anzeigen und für Anzeigen des Erzgebirges.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 264

Donnerstag, den 10. November 1932

27. Jahrgang

Roosevelt siegt über Hoover

Der Kandidat der „Massen“ zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt

New York, 9. Nov. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt ist mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Von den insgesamt 531 Wahlmännerstimmen erhielt Roosevelt 455, Hoover 55. 21 Stimmen stehen noch aus. Im Staate New York wurde der Demokrat Lehman gewählt. Auch bei der Bürgermeisterwahl siegte der demokratische Kandidat D. O'Brien.

In den Vereinigten Staaten war gestern der große Wahltag, der in jedem vierten Jahr nicht nur das Staatsoberhaupt, sondern auch die Regierung für die nächsten vier Jahre bestimmt. Die besondere Bedeutung der amerikanischen Präsidentschaftswahl und die große Erregung des Wahlkampfes sind daraus erklärbar. Denn nach unseren Begriffen wird ja an diesem Tage der Reichspräsident und der Reichszentralrat in einer Person gewählt, wird also nicht nur die repräsentative Spitze, sondern auch das Kabinett für vier Jahre festgelegt. Die Wahl ist nicht direkt, wie bei uns. Der amerikanische Wähler hat auf seinem Stimmzettel nicht den einen oder den anderen Präsidentschaftskandidaten zu wählen, sondern lediglich Wahlmänner, und zwar entfallen auf jeden Teilstaat so viele Wahlmänner, wie dieser Staat Abgeordnete im Kongress und Senatoren im Oberhaus stellt. Die Zahl der Wahlmänner ergibt sich also aus der Summe der Abgeordneten und Senatoren und beträgt 531.

Obwohl nun diese Wahlmänner verfassungsgemäß erst zu einem späteren Zeitpunkt die tatsächliche Präsidentschaftswahl vornehmen, bringt doch der Wahltag selbst schon die volle und voll erkennbare Entscheidung. Denn die Wahlmänner sind sämtlich auf einen Kandidaten festgelegt, und die spätere Präsidentschaftswahl ist eigentlich nur noch eine Formalität. Die Abstimmungsergebnisse der Präsidentschaftswahl verzeichnen also die Zahl der Wahlmänner für Hoover

bzw. Roosevelt, und dieses Zahlenverhältnis ist schon die eigentliche Präsidentschaftswahl.

Da der Präsident die übrigen Mitglieder der Regierung ernennet, so zum Beispiel den „Staatssekretär“ (Außenminister), den „Schatzamtssekretär“ (Finanzminister) usw. und da die Parteizugehörigkeit des Präsidenten auch die Parteizugehörigkeit der Regierungsmitglieder bestimmt, so ist mit der morgigen Präsidentschaftswahl für Amerika auf vier Jahre hinaus alles das festgelegt, was bei uns sich in die Präsidentschaftswahl, Reichstagswahl, Regierungsbildung verteilt. Denn sinngemäß wird in Amerika mit dem Präsidenten auch das Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. Durch die Verschiedenheit der Wahlsysteme kann es kommen, daß eine Partei bei den Präsidentschaftswahlen günstiger abschneidet als bei den Parlamentswahlen. Im allgemeinen aber pflegen die beiden Wahlen parallel zu gehen.

Damit ist die Bedeutung des gestrigen Wahltages aber noch nicht erschöpft. Denn in drei Vierteln von insgesamt 48 Teilstaaten wurden auch die Gouverneure gewählt, die gewissermaßen Ministerpräsidenten der Länder sind. Und außerdem war diese Wahl noch verknüpft mit zahlreichen lokalen Volksentscheidungen über wichtige sozialpolitische Fragen und Verfassungsänderungen in den Teilstaaten.

Da dieser Tag bis tief hinunter in die kleinsten Pforten der Verwaltung Personaländerungen bringen kann, so bedeutet er für den Durchschnittsamerikaner eine keineswegs nur rein politische Entscheidung.

Die Wahlergebnisse konnten erst in den Morgenstunden des Mittwoch zu fließen anfangen, denn die amerikanischen Zeitungen sind erst am Samstag abends im Druck. Der Schluß des Wahltages ist nach unserer Zeit ungefähr um Mitternacht gewesen. Erst nach Mitternacht, unserer Zeit nach, begann das Zählgeschäft.

Der neue amerikanische Präsident tritt sein Amt verfassungsgemäß erst Anfang März an. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auf jeden Fall noch Hoover im Amt sein.

„Kein Grund zur Kursänderung“

Eine Rede des Reichszentralrates

Berlin, 8. November. Auf dem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichszentralrat von Papen heute vormittag eine Rede, in der er zunächst seinen Gesamteindruck der Reichstagswahl schilderte. Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen, betonte der Kanzler. Keine Partei wird noch Annahme zu der Berechtigung haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich die Hoffnung haben zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt. Wege die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der Außenpolitik durch alle Parteien hindurch befeuert, legt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen. Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden. — Der Kanzler betonte, daß die Herstellung einer starken deutschen Staatseigenschaft nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern das zentrale Problem Europas sei und unterirdisch nochmals mit Nachdruck, daß nicht eher Ruhe und Frieden in Europa herrschen werde, bis man dem deutschen Volk die lebensnotwendigen Voraussetzungen geschaffen habe, die ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten. Deutschlands auswärtige Politik seit dem Kriege ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementaren Bedingungen durchzusetzen. — Deutschland kann nicht heute, 14 Jahre nach der Beendigung des Krieges, noch immer in der Rolle des Besiegten festgehalten werden. Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohltat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Ich stelle hier nichts Neues fest, wenn ich auspreche, der Vertrag von Versailles hat keinen wahren Frieden gebracht. Er hat es offenbar selbst nicht gewollt, denn er trägt nicht einmal den Namen eines Friedensvertrages. Und in seiner Einseitigkeit stellt die sonst übliche Verheißung, daß von nun an Frieden und Freundschaft zwischen den bisherigen Kriegsführenden herrschen sollte. Er ist ursprünglich nur als Präliminarvertrag gedacht gewesen und er enthält eine Revisionsklausel, die für alle Teile gilt. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen, sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entsprechen. Darin sollen andere Völker uns helfen und unseren Bestrebungen Verständnis entgegenbringen. Denn weder durch die noch durch Drohungen werden wir uns für alle

Zukunft an Lösungen binden lassen, die uns mit Gewalt aufgezwungen wurden. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verhandlung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Locarno fortgesetzt, und wir werden ihn weitergehen, um jenen großen Grundgedanken, auf die vertrauen wir 1918 die Waffen niederklegten, die Herrschaft über Europa zu verankern.

Sie würden enttäuscht sein, wenn ich mich heute nicht zu dem neuen französischen Plan für Sicherheit und Abrüstung äußerte. Aber ich kann dazu heute nur wenig sagen, und es kann sich hierbei nur um erste Eindrücke handeln, denn bisher ist über diesen Plan nur wenig bekannt. Der französische Plan legt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel. Wir haben zurzeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichartige Wehrverfassung und gleichartige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt. — Es ist unbestreitbar, daß, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter solcher Wehrmittel zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedung der Welt vorwärtskommen werden. Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Stärke und Verwundbarkeit der Grenzen, wie der Zahl der Soldaten angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen. — Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher, allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Wehrkraft in Gegenlag zur Angriffsstärke stellt und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. Aber wir werden nicht an einer Abrüstungskonvention mitarbeiten, solange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfange für uns selbst Geltung haben soll.

Papen über das Wahlergebnis

Berlin, 8. November. In einem Interview mit dem Chefredakteur des Transocean-Nachrichtendienstes gab Reichszentralrat von Papen seiner unermittelbaren Freude über den Sieg Roosevelts über Hoover seinen Ausdruck, indem er erklärte: „Abgesehen von gewissen parteipolitischen Kräfteverschiebungen, die mehr oder weniger den Erwartungen entsprechen, ist die Lage nur wenig verändert. Ich betrachte die Verschiebungen nicht als einen ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern, den die Regierung unbeeinträchtigt getrieben hat, seit ich das Amt übernahm. Das Kabinett wird, geliebt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten vor allem am Grundgedanken der Wehrparteilichkeit festhalten und sich weiter vorwiegend der Wahrung der Ordnung, der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlfühlens und der Achtung vor dem Gesetz widmen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik wird es seine Aufgabe in der Bewahrung der Wohlfühlens der Völker und in der Förderung der Verständigung zwischen den Völkern zu sehen. Ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß sich im neuen Reichstag eine genügende Anzahl von Männern finden möge, die von dem gleichen Wunsche befeuert und bereit ist, an diesen Aufgaben wirksam und einmütig mitzuarbeiten.“

Auf die Frage, wie sich nach seiner Ansicht die parlamentarische Lage weiter entwickeln werde, erklärte der Reichszentralrat: „Das wichtigste Ergebnis der Wahl besteht darin, daß die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum umschließt ist ohne Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei. Bishermäßig ist natürlich eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten vorhanden. Aber eine Koalition zwischen diesen beiden Gruppen erscheint doch undenkbar. Es kann vielleicht gelegentlich bei bestimmten Fragen zu einem Bündnis bei den beiden Fraktionen kommen, das jedoch stets nur negativer, nie positiver Natur sein würde. Vielleicht aber dürfte es doch möglich sein, eine Grundlage zu schaffen, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinen können. Diese Hoffnung stützt sich auf die Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei der Wahl gut abgegrenzt haben. Ich kann in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich in meiner letzten Rundfunkrede sagte, nämlich, daß die Regierung gern bereit ist, ihre Hand jedem Einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens ist, mit uns an der loyalen Lösung der Fragen mitzuarbeiten.“

Verbot der SS- und SA-Organisationen im Saargebiet

Saarbrücken, 8. Nov. Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) und sonstige Einrichtungen einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorfahrzeuge des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen, der Zeugmeisterei und des Sanitätskorps mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt: In der Nacht zum 2. November wurde in der Stadt Saarbrücken ein Flugblatt verbreitet, das einen Wahlauftrag für die Nationalsozialisten enthielt, zugleich auch die Bevölkerung gegen die Polizeibehörden aufzuwiegeln suchte. Das Flugblatt entsprach auch nicht den Vorschriften des Pressegesetzes. Um den Verfasser zu ermitteln, fand am 3. November in Ausführung eines Beschlusses der Regierungskommission des Saargebietes in den Geschäftsräumen der NSDAP eine Durchsuchung statt. Dabei wurden unüberlegliche Beweise dafür gefunden, daß gewisse Organisationen der NSDAP im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die in flagrantem Widerspruch zu den Bestimmungen der Verordnung vom 12. September 1928 steht.

Kompromiß in der Kontingenzierungsfrage?

Berlin, 8. Nov. In unterrichteten Berliner Wirtschaftskreisen herrscht der Eindruck vor, daß die vom Reichskabinett eingeleitete Kontingenzpolitik doch letzten Endes durch andere Maßnahmen ersetzt werden wird, die ebenfalls die notwendige Hilfe für die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft verbürgen. Durch die wochenlange hinauszögerung der Kontingenzentscheidung, die auch heute noch nicht gefallen sei, wäre die Wirksamkeit etwaiger Maßnahmen schon vor deren Inkrafttreten verpufft. Obwohl der Reichspräsident die Kontingenzpolitik befürwortet, rechnen Regierungskreise schließlich doch mit einer Kompromißlösung. Danach soll der Landwirtschaft durch entsprechende Handhabung der Devisenverteilung bei der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte eine entsprechende Hilfe zuteil werden.

Über die Frage der Kontingenzierung waren bekanntlich im Reichskabinett ziemlich erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstanden. Während der Reichsernährungsminister v. Braun auf der Kontingenzierung bestand, waren vom Reichswirtschaftsminister Wernicke, dem Reichsfinanzminister Schwerin v. Krosigk und dem Reichsaussenminister v. Neurath ernste Bedenken erhoben worden.